



Aktion 21 pro Bürgerbeteiligung (Hg.): Raus aus der Sackgasse.
Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung in Wien. Wien: Sonderzahl-Verl.,
2009. 278 S. € 19,90, sFr 34,80
ISBN 978-3-85449-324-2

Rezensiert von Walter Spielmann

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des
österreichischen Lebensministeriums für www.partizipation.at

Wien ist Spitze – auch in Sachen Partizipation?

Wie schon 2009, wurde Wien auch in diesem Jahr zur Metropole mit der weltweit höchsten Lebensqualität gekürt. Die Auszeichnung, Jahr für Jahr von „Mercer Consulting“ durchgeführt, lässt sich trefflich vermarkten, dürfte aber kaum auf allgemeine Zustimmung stoßen. Denn um Partizipation und Bürgerbeteiligung ist es - vorsichtig formuliert -, alles andere gut bestellt, auch wenn diesbezüglich die Sichtweisen der Betroffenen unterschiedlicher nicht sein könnte: De facto herrscht, wie der gerade auch aufgrund der beschriebenen Defizite nicht nur informative, sondern sehr empfehlenswerte Band nachdrücklich zeigt, zwischen der offiziellen Stadtpolitik und der „Aktion 21 pro Bürgerbewegung“ derzeit so etwas wie Funkstille!

Raus aus der Sackgasse!

Man kann die Sache sehen, wie man will. Eines zumindest steht wohl fest: Das hohe Engagement, das insgesamt 38 Bürgerinitiativen (BI), versammelt in der „Aktion 21 pro Bürgerbewegung“ in den 22 Bezirken der Bundeshauptstadt an den Tag legen, findet trotz mehrfacher Versuche zu konstruktivem Gespräch bisher weder das Ohr des Bürgermeisters noch die Unterstützung der Stadtverwaltung. „Raus aus der Sackgasse“ ist demnach nicht nur Motto und Anliegen der „BI Heigerleinstraße“ im 16. Bezirk, die sich für den Erhalt einer von Bäumen gesäumten Einbahnstraße und den so gewährleisteten sicheren Zugang zu einem frequentierten Kinderspielplatz engagiert, die den Planungen eines Mega-Einkaufszentrums zum Opfer fallen soll. Die titelgebende Devise steht vielmehr für eine insgesamt ernüchternde, ja schwer belastete Situation, die das Wirken von BI in Wien generell kennzeichnet, sofern sie sich nicht den von der Stadtverwaltung initiierten Prozessen und Verfahren unterzuordnen bereit ist.

Wunsch und Wirklichkeit

Das zunehmende Unbehagen gegenüber den Mechanismen und Ritualen der repräsentativen Demokratie – darauf macht auch Anneliese Rohrer in ihrem Vorwort aufmerksam – schlägt ganz offensichtlich auf die Struktur von Partizipationsprozessen durch. Bürgerbeteiligung – so wie sie (nicht nur) von den Protagonisten der „Aktion 21“ verstanden wird, setzt auf die „Einbindung aller interessierten, betroffenen Menschen in alle Prozesse und Vorhaben, die sich auf die Lebensqualität und ihr demokratisches Zusammenleben auswirken könnten. Diese Einbindung soll von Beginn an, also bereits im Ideenstadium, erfolgen. (...) Echte Bürgerbeteiligung ist wie die gute ‚FEE‘ – frühzeitig, ergebnisoffen und ehrlich.“ (S. 10) Um derartige Prozesse erfolgreich durchzuführen, gebe es in vielen Ländern (auch in Österreich) nationale Standards. „Allerdings harren sie bei uns, um verbindlich zu werden, noch der Absegnung durch die Politik. (...) Der Weg wäre klar vorgezeichnet, die Entscheidungsträger müssten nur wollen.“ (S. 11) Wenn sich alle Beteiligten auf „die gute FEE“ verständigten, Kooperation an die Stelle von Konfrontation treten würde, wäre ein konstruktives Miteinander im Interesse des Gemeinwohls gesichert, sind die Herausgeber überzeugt. Abgelehnt wird dagegen eine „von oben“ gesteuerte, den Interessen der Parteien verpflichtete Beteiligungspolitik, die auf den Kreis der Mitwirkenden ebenso Einfluss

nimmt wie auf den Verlauf der Diskussionen und die Verhandlungsergebnisse. Dass es seit 1999 in Wien insgesamt 80 Agenda-Projekte und eine Reihe weiterer Beteiligungsprozesse gegeben habe, sei kein Erfolgsnachweis, sondern eher ein Zeichen des Scheiterns offizieller Partizipationspolitik. Und auch, dass derzeit nur noch in fünf von 22 Bezirken Agenda21-Prozesse laufen (und diese von der Politik auch zunehmend spärlich dotiert werden), kann kaum als Nachweis einer engagierten Partizipationspolitik gedeutet werden.

38 Beispiele „gelebter Bürgerbeteiligung“

Wie sich Mitbestimmung unter den hier geschilderten Rahmenbedingungen konkret ausnimmt, wird anhand von 38 Projekten von unmittelbar Betroffenen anschaulich und trotz der überwiegend negativen Erfahrungen mit viel Engagement geschildert. Da geht es zum einen um städtebauliche Großprojekte, die vielfach gegen den Willen der Bevölkerung lanciert und umgesetzt werden („Sie wünschen, wir widmen“, lautet die provokante, aber durchaus nachvollziehbare Überschrift zu diesem Kapitel). Ein weiterer Abschnitt widmet sich den aus Sicht der Administration durchaus delikaten Widersprüchen zwischen den Interessen des Denkmal- und Stadtbildschutzes auf der einen und den lukrativen Optionen einer Umgebung zum Zwecke baulicher Verwertung auf der anderen Seite, die fast durchwegs zu Lasten der Anrainer ausgetragen, und von diesen zumindest von Mal zu Mal auch mit Erfolg beeinflusst werden: der Erhalt des Augartens und der Klimtvilla seien als Beispiel genannt. Weiteres werden diverse Initiativen gegen die stetige Zunahme des motorisierten Individualverkehrs („Wenn Verkehr verkehrt verkehrt“) und zur Bewahrung der (ohnehin nicht allzu üppigen) Baum- und Parkbestände („Bleibt uns die Luft weg?“) geschildert, die vor allem den Begehrlichkeiten der Betreiber von Tiefgaragen ausgesetzt sind und gegen mit großem Einsatz verteidigt werden. Dass Wien mit der Überparteilichen BI Flötzersteig (gegründet 1958) auch die älteste aktive BI Mitteleuropas vorzuweisen hat, ist nicht nur für historisch Interessierte von Belang ...

Von anderen lernen

In Anbetracht vielfältiger Erfahrungen unterziehen die Herausgeber die Positionen der im Parlament vertretenen Parteien zum Thema Bürgerbeteiligung einer kritischen Prüfung (die erwartungsgemäß alles andere als „berauschend“ ausfällt, und verweisen, dem Prinzip Hoffnung folgend, auf eine Reihe von Kommunen, von denen (freilich nicht nur für Wien) einiges zu lernen wäre. Vorgestellt werden Porto Alegre mit dem bewährten Modell des Beteiligungshaushalts, aber auch Montpellier (unterhält ein „Haus der Demokratie“), Berlin (hat aufgrund des Instruments des „Einwohnerantrags“ Vorbildfunktion), aber auch Steinbach an der Steyr (ein gemeinsames Leitbild verändert den Charakter der Gemeindepolitik nachhaltig) und Salzburg (dessen „Grünland Deklaration“, getragen durch einen breiten bürgerschaftlichen Konsens, wesentlich mit dazu beiträgt, den Charakter der Stadt zu erhalten).

Wien ist anders

Selbst wenn der Ton der Auseinandersetzung da wie dort vereinzelt etwas ungehalten geworden ist, so ist doch nicht zu verkennen, dass Bürgerbeteiligung in Wien tatsächlich als „Chefsache“ verstanden und von „oben nach unten“ betrieben. Das zeigt nicht zuletzt der im Anhang wiedergegebene Schriftwechsel zwischen der „Aktion 21 pro Bürgerbewegung“ und der Stadtverwaltung, die den AktivistInnen zuletzt tatsächlich nahelegte, die vorgegebenen Tatsachen schlicht und einfach „zur Kenntnis zu nehmen“. „Contra factum non valet argumentum“ lautet ebenso knapp wie deutlich die Empfehlung von Rudolf Schicker (S. 272). Keine Frage: Bürgerbeteiligung sieht anders aus!

ZITIERT

„... Dabei hätte es gerade die Berufspolitik, die am lautesten über Politikverdrossenheit jammert, in der Hand, den Weg aus dieser Sackgasse zu weisen. Womit? Das Zauberwort heißt Bürgerbeteiligung oder – wie es in der Amtssprache geschlechtsneutral genannt wird – Öffentlichkeitsbeteiligung. Gerade dieser aber scheuen die etablierten Politiker, auch wenn sich alle mehr oder weniger lauthals dazu bekennen, auch wenn sich unter

ihnen keiner findet, der offen und ehrlich zugäbe, von Bürgerbeteiligung nicht zu halten. Aber sie zögern, wenn es darum geht, eine echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, denn dies könnte ja mit Machtverlust verbunden sein. So dreht sich die Spirale des Unmuts in der Bevölkerung und die Sorge der Berufspolitik über diesen Unmut immer weiter.“ (S. 10)

„Politikverdrossenheit führt dazu, dass das Wahlvolk den Apparaten der Parteien mehr und mehr die kalte Schulter zeigt und dafür Menschen sucht, die sich ihrer Anliegen annehmen. Darin liegt die große Chance beteiligungsfreundlicher Politiker.“ (S. 11)

„Allmählich beginnt es auch den politisch Verantwortlichen der Stadt zu dämmen, dass die Wiener Lokale Agenda 21, die mit dem Schlüsseldokument von Rio de Janeiro nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hat, als Instrument der Bürgerbeteiligung versagt hat.“ (S. 252)



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.